

Liebe Grüne in Baden-Württemberg,

herzlichen Glückwunsch zu dem erzielten Wahlergebnis bei den Landtagswahlen vor einigen Wochen! Es waren die Inhalte Ihres Wahlprogramms, welche die Baden-Württemberger\*innen überzeugt haben, Sie mit so großem Vorsprung zur stärksten Kraft zu wählen. Dies versetzt Sie in die komfortable Lage, Ihre Positionen ungeachtet Ihrer Koalitionspartnerin maßgeblich umsetzen zu können. Wir als Seebrücke Baden-Württemberg sehen darin die Chance, dass die Grundrechte geflüchteter Menschen hier im Land, genauso wie an den europäischen Außengrenzen, endlich geschützt und respektiert werden.

In Ihrem Programm griffen Sie zentrale Forderungen unserer Kampagne auf. Sie hielten darin fest, sich für einen „Sicheren Hafen Baden Württemberg“ einzusetzen und aus Seenot gerettete sowie in den Lagern vor den Toren Europas lebende geflüchtete Menschen aufzunehmen. In diesem Zusammenhang versprachen Sie, sich auf Bundesebene für mehr Aufnahmekompetenzen von Bundesländer und Kommunen stark zu machen und langfristige Bleibeperspektiven für Schutzsuchende zu ermöglichen. Auf europäischer Ebene wollten Sie sich dafür einsetzen, dass zivile Seenotrettung entkriminalisiert und ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufgebaut wird.

In dem kürzlich veröffentlichten Sondierungspapier, das wohl die Grundlage für die Koalitionsverhandlungen darstellt, finden sich diese Forderungen leider nicht mehr wieder. Ein Sonderkontingent für Frauen und Kinder aus dem Nordirak ist richtig und wichtig, aber das kann nicht alles gewesen sein, solange Menschen an Europas Außengrenzen ertrinken oder jahrelang in menschenunwürdigen Lagern wie Lipa, Moria oder Kara Tepe festgehalten werden.

Die vergangenen fünf Jahren haben gezeigt, dass eine grün-schwarze Landesregierung mit einer starken CDU für die Rechte von geflüchteter Menschen viele negative Konsequenzen hatte. Auch in persönlichen Gesprächen haben Sie regelmäßig die damals starke CDU als Ursache dieser Politik ausgemacht. Das Wahlergebnis hat jedoch klar gemacht, dass sich mehr Menschen mit Ihrer humanitären Position identifizieren können als mit einer blockierenden CDU!

Es liegt mit den veränderten Mehrheitsverhältnissen jetzt an Ihnen, sich dafür stark zu machen, die Verantwortung für die Situation Schutzsuchender in Baden-Württemberg und an den europäischen Außengrenzen zu übernehmen. Menschlichkeit und Solidarität dürfen niemals einem politischen Kompromiss geopfert werden. Sie müssen Zentrum und Grundlage politischen Handelns sein. Das erwarten wir, über 30 baden-württembergische Kommunen, die sich zum sicheren Hafen erklärt haben, sowie über 180 Organisationen, die unsere Kampagne unterstützen und tausende Bürger\*innen von Ihnen.

Liebe Grüne, noch könnt Ihr in den Koalitionsvertrag einbringen, wofür die Menschen euch gewählt haben: Macht Baden-Württemberg zum sicheren Hafen, denn ans Ganze denken, heißt an alle zu denken!

Mit freundlichen Grüßen

Seebrücke Baden-Württemberg

**TRÄGERVEREIN**

Mensch Mensch Mensch e.V.  
Utrechter Str. 48  
13347 Berlin

**KONTAKT**

Telefon: +49 30 / 52 666 130  
support@seebruecke.org  
www.seebruecke.org

**SPENDENKONTO**

IBAN: DE07430609671167120503  
BIC: GENODEM1GLS  
GLS Gemeinschaftsbank